

CDU-Fraktion (Antrag Nr. 1461/2007)

Eingereicht am 11.05.2007 um 12:05 Uhr.

Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung, Stadtbezirksräte zur Kenntnis

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0925/2007,
Luftreinhalte-Aktionsplan für die Landeshauptstadt Hannover**

Antrag zu beschließen:

Die Einrichtung einer Umweltzone wird solange zurückgestellt, bis die Verwaltung nachfolgende, wirksamere Maßnahmen zur Reduzierung von Luftschadstoffwerten geprüft hat:

- attraktivere Gestaltung des ÖPNV
- Ausdehnung von Park & Ride - Angeboten im Stadtgebiet
- Einrichtung einer "grünen Welle" (intelligente Ampelschaltungen)
- Verbindlicher Lenkungsverkehr für LKWs mit mehr als 3,5 t mit Durchfahrverbot wo möglich bei gleichzeitig optimiertem Verkehrsführungskonzept im umgebenden Straßensystem
- Intelligentes, verkehrsmengenbezogenes Verkehrsführungskonzept
- Einführung von City-Logistik-Systemen

Sämtliche Prüfergebnisse teilt die Verwaltung den an der Entscheidung zu der Drucksache beteiligten Ausschüssen schriftlich mit.

Begründung:

Da bislang in keiner Weise untersucht worden ist, welchen Einfluss die o.g. Maßnahmen auf die Umwelt haben bzw. welche Entlastung sie gegebenenfalls bei den Feinstaub- und NOx-Emissionen bewirken können, soll eine Prüfung erfolgen. Eine Umweltzone belastet besonders Haushalte mit geringem Einkommen und mittelständische Handwerksbetriebe.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 01.06.2007